

Europa kann nicht mehr wegsehen!

Wir sind Katalanen, wir sind Europäer, und wir glauben an Europa. Katalonien hat sich stets für die Werte, die die Grundpfeiler des europäischen Projekts bilden, wie Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, eingesetzt. Aber heute fragt sich ein großer Teil der katalanischen Gesellschaft, wie lange die europäischen Institutionen noch die offenkundige Verletzung von Grundrechten in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ignorieren werden.

Die Polizeigewalt gegen katalanische Bürger am vergangenen 1. Oktober war der bisherige Höhepunkt einer Spirale der Unterdrückung seitens des spanischen Staates, um – allerdings ohne Erfolg – die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung in Katalonien zu verhindern. Menschen unterschiedlichsten Alters und mit unterschiedlichen Ideologien, die einzig und allein über die politische Zukunft ihres Landes entscheiden wollten, wurden Opfer einer in keiner Weise zu rechtfertigenden Polizeigewalt.

Dies war bis dahin der Höhepunkt einer Eskalation, bestehend aus gerichtlichen Klagen gegen die katalanische Regierung, dem Eingriff in deren Finanzen und Klagen gegen einen Großteil

der Mitglieder des Parlamentsbüros. Außerdem gab es gerichtliche Schritte gegen mehr als 700 Bürgermeister, die das Referendum unterstützen. Veranstaltungen zum Referendum wurden verboten, mehr als 140 Websites abgeschaltet, und hohe Regierungsbeamte und Angestellte der Regierung von Katalonien wurden vorübergehend festgenommen.

Trotzdem haben am 1. Oktober mehr als 2,2 Millionen Menschen abgestimmt, von denen sich 90 Prozent für die Unabhängigkeit aussprachen. Obwohl Wahlurnen beschlagnahmt wurden, trotz der Drohungen und der Gewalt haben die Bürger Kataloniens ein demokratisches Mandat ausgesprochen, das der katalanische Präsident, Carles Puigdemont, dem Parlament vorgelegt hat. Allerdings suspendierte er vorübergehend die Umsetzung des Resultats, um dem Angebot zum Dialog und einer internationalen Vermittlung Priorität einzuräumen.

Der spanische Ministerpräsident, Mariano Rajoy, steht vor einer Entscheidung von historischer Tragweite: die Unterdrückung und juristische Verfolgung fortzusetzen oder den Weg des Dialogs zu wählen. Mit den Klagen, den Verhören und den Festnahmen weiterzuma-

chen oder ein für alle Mal politische Lösungen für einen politischen Konflikt zu suchen.

Bedauerlicherweise lässt er derartige Lösungen weiterhin unberücksichtigt. Die spanische Regierung hat gestern bestätigt, dass sie demnächst noch tiefer in die Selbstverwaltung Kataloniens eingreifen und deren Zuständigkeiten übernehmen wird.

Der Staat hat darüber hinaus Puigdemonts Aufruf zum Dialog mit einer völlig unverhältnismäßigen Reaktion beantwortet. Die Vorsitzenden der beiden größten Bürgerinitiativen, die sich für die Unabhängigkeit einsetzen und die einige der bisher größten, friedlichen Demonstrationen in Europa organisiert haben, sind inhaftiert worden wegen „aufrührerischen Verhaltens“, weil sie zur friedlichen Mobilisierung aufriefen. Diese beiden unschuldigen Menschen können ohne ein Gerichtsverfahren bis zu 4 Jahre inhaftiert bleiben, angeklagt für eine Straftat, die sie nicht begangen haben, und vor allem durch ein Gericht, das rechtlich gar nicht zuständig für diese Art von Straftaten ist.

Ja, im Königreich Spanien und in der Europäischen Union gibt es heute politi-

sche Gefangene. Es gibt Demokraten, die für ihre Ideen eingesperrt werden. Angesichts dieser Tatsachen können die europäischen Institutionen nicht weiter darauf verweisen, es handele sich um eine interne Angelegenheit.

Denn die Zukunft Europas entscheidet sich unvermeidlich auch in Katalonien. Die Antwort Europas auf ein demokratisches Volksbegehren wie in Katalonien und die Spirale der Unterdrückung des spanischen Staates stellen die Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts als eines Ortes der Freiheit und Demokratie auf die Probe. Europa kann nicht mehr wegsehen. In Spanien werden die Grundrechte, die im EU-Vertrag festgehalten sind, verletzt. Es ist die Verpflichtung der europäischen Institutionen, diese Rechte zu garantieren. Welche Stufe der Unterdrückung sind sie bereit hinzunehmen? Und bis wann?

Ich kann diese Fragen nicht beantworten. Ich kenne aber die Antwort der katalanischen Gesellschaft. Sie wird sich weiterhin auf demokratische und friedliche Art und Weise für den Aufbau ihrer Zukunft in einem freien Land einsetzen.

Die Autorin ist Präsidentin des Parlaments von Katalonien.